

„Für diesen Vortrag über Palästina droht mir Deutschland mit Gefängnis“

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 27.07.24:

Die Behörden in Berlin drohen mir mit Gefängnis, wenn ich eine Rede über Zoom an ein Publikum in Deutschland richte, in der es um die Rolle des Landes in Israels anhaltendem Holocaust gegen das palästinensische Volk in Gaza geht.

Ich habe die Rede trotzdem vor Tausenden von Menschen gehalten, die sie online verfolgt haben. Sie war Teil vom PALÄSTINA-KONGRESS IM EXIL, der am 25. und 26. Juli online stattfand.

In Deutschland – dem Land, dessen Staatsoberhäupter „Nie wieder!“ rufen – ist es nun ein Verbrechen, Zeugnis über einen Völkermord abzugeben.

Etwa zwei Stunden vor meinem geplanten Vortrag am 26. Juli erhielt ich über einen Anwalt in Deutschland einen 15-seitigen Bescheid der Berliner Behörden, in dem mir mitgeteilt wurde, dass mir die Teilnahme am Kongress in jeglicher Form, auch online, untersagt ist. Die Strafandrohungen umfassen Geldstrafen und Gefängnis bis zu einem Jahr.

Da ich von den USA aus gesprochen habe, kann Deutschland keine Zuständigkeit für mich beanspruchen, aber mir wurde zu verstehen gegeben, dass die deutschen Behörden dennoch ein Strafverfahren gegen mich wegen Verstoßes gegen die Anordnung einleiten können. Dann ist das eben so.

Wie ich in meiner Rede sagte, nehme ich keine Befehle von einem Regime an, das an einem Völkermord beteiligt ist, und ich lasse mich von Martin Luther King Jr. inspirieren, der in seinem „Brief aus dem Gefängnis von Birmingham“ schrieb, dass „man eine moralische Verantwortung hat, ungerechte Gesetze zu missachten“.

Ich hätte die gleiche Entscheidung getroffen, auch wenn ich in Deutschland gewesen wäre, und es ist mir bewusst, dass diejenigen, die sich in Deutschland für die Rechte der Palästinenser:innen einsetzen, insbesondere Mitglieder der palästinensischen Gemeinschaft und ihre jüdischen Genoss:innen, bereits schwerwiegenden Repressionen ausgesetzt waren, darunter Verbote, Polizeigewalt, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und andere repressive Maßnahmen.

Die Organisatoren des Kongresses sagen, dass das Verbot „frühere repressive Maßnahmen widerspiegelt“ und „einmal mehr das repressive Gesicht der deutschen Demokratie“ zeigt.

Die Organisatoren fügen in Bezug auf das Vorgehen gegen mich hinzu: „Die Verfolgung eines Journalisten, der Deutschlands Unterstützung am Völkermord aufdeckt, spiegelt die Unterdrückung von Dissens wider und wirft kritische Fragen darüber auf, ob Deutschland die Lehren aus seiner Vergangen-

heit vollständig verinnerlicht hat oder ob es die gleichen Fehler unter einem anderen Deckmantel wiederholt.“

Im April haben die deutschen Behörden den Palästina-Kongress in Berlin gewaltsam aufgelöst und Redner wie den griechischen Politiker Yanis Varoufakis, Dr. Ghassan Abu Sitta, den Historiker Salman Abu Sitta und mich verboten. Die einzige Person, die noch sprechen konnte, bevor die Konferenz gewaltsam beendet wurde, war die Journalistin Hebh Jamal. []

Ghassan Abu Sitta, der Chirurg, der in den ersten anderthalb Monaten Opfer des israelischen Völkermords im Gazastreifen medizinisch versorgte, wurde bei seiner Einreise nach Deutschland, wo er auf dem Palästina-Kongress im April sprechen sollte, am Flughafen festgenommen, mit einem Verbot politischer Aktivitäten belegt, mit Geld- und Gefängnisstrafen bedroht und nach Großbritannien abgeschoben.

In Deutschland – dem Land, dessen Staatsoberhäupter „Nie wieder!“ rufen – ist es nun ein Verbrechen, Zeugnis über einen Völkermord abzulegen.

Als Reaktion auf diese staatliche Gewalt und Zensur haben die Organisatoren den Palästina-Kongress nun vollständig online abgehalten. []

Deutschland ist schuldig am Völkermord

Mein 20-minütiger Vortrag befasst sich mit der Rolle Deutschlands beim anhaltenden israelischen Völkermord in Gaza und Deutschlands historischer Komplizenschaft mit dem Zionismus, einer rassistischen, faschistischen und kolonialen Ideologie.

Ich spreche darüber, wie Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock gefälschte israelische Gräuelpropaganda verbreitet haben, die Völkermord rechtfertigt und anstachelt, und ich fordere, dass beide deutschen Politiker vor Gericht gestellt werden.

Ich versuche, die Frage zu beantworten, warum Deutschland – das vorgibt, eine moderne Demokratie zu sein – Israel bei der Vernichtung von Palästinenser:innen im Gazastreifen bewaffnet und unterstützt.

Ich kläre darüber auf, dass das deutsche Bündnis mit dem Zionismus genau genommen dem Zweiten Weltkrieg vorausging und seine Wurzeln in den antisemitischen Auffassungen der Protestanten des 19. Jahrhunderts hat. Das setzte sich durch den Holocaust der Nazis fort und ist bis heute intakt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist weit davon entfernt, die moderne Demokratie zu sein, für die sie sich ausgibt, und viele ihrer Institutionen wurden von ehemaligen Mitgliedern des Hitler-Regimes gegründet. Ehemalige Nazis besetzten viele leitende Positionen in der Regierung von West-Deutschland.

Kurt Kiesinger, der in den 1960er Jahren westdeutscher Kanzler war, war 1933, dem Jahr, in dem Hitler an die Macht kam, in die NSDAP eingetreten. Er war, wie die Journalistin Beate Klarsfeld erklärte, während des Krieges ein „hoher Offizier der Nazi-Propaganda“ gewesen.

Der heutige deutsche Nachrichtendienst, bekannt unter dem Kürzel BND, wurde von Reinhard Gehlen gegründet, einem ranghohen Nazi-Spionagechef unter Hitler, der später ein enger Mitarbeiter der CIA wurde.

Und bis weit in die 1970er Jahre hinein wimmelte es in den oberen Rängen des westdeutschen Justizministeriums von ehemaligen Mitgliedern von Hitlers Nazipartei.

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/germany-threatening-me-prison-talk-palestine>

Link zur Rede auf youtube.com:

https://www.youtube.com/watch?v=2wXleLl3WgE&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Felectronicintifada.net%2F&source_ve_path=OTY3MTQ

Übersetzung: K. Birke, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de